

# BLICKPUNKT

Informationen aus Politik, Stadt und Kreis

V.i.S.d.P.: DKP Heidenheim Wilhelm Benz

Nr. 02

Juni - Juli 2017

Jahrgang 46

## Ein erster Schritt zum gemeinnützigen sozialen Wohnungsbau

Endlich, nach vielen unnachgiebigen Forderungen der DKP für einen gemeinnützigen Wohnungsbau, wird jetzt ein zaghafter Anfang gemacht. Der Beschluss des Gemeinderats, in Aufhausen kommunal zu bauen, kam nicht aus Überzeugung zustande, sondern aus Not, weil die privaten Investoren zu wenig „Rendite“ zu erwarten hatten und weil Wohnraum für sozial schwächere Menschen kaum noch zu finden war. Für den Grossteil des Gemeinderats ist der soziale kommunale Wohnungsbau aber immer noch kein wichtiges Thema.

### Offener Brief an den Gemeinderat

## Bezahlbare Wohnungen für alle!

**Städtische Rücklage von 5 Mio. Euro müssen investiert werden!**

**Kein Verkauf von städtischem Grund und Boden!**

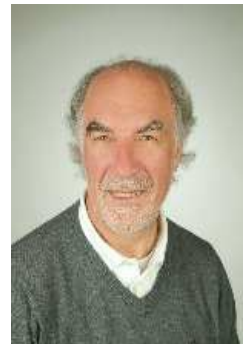
Deutschlandweit fehlen ca. 1 Million Wohnungen, insbesondere bezahlbare Wohnungen, auch in Heidenheim.

Zahlreiche Menschen in unserer Stadt befinden sich in Not und in nahezu hilfloser Situation. Sie haben keine - oder keine bezahlbaren - oder sie leben in unwürdigen - Wohnungen. Dies bezeugen auch die mehrfachen Zeitungsberichte und Leserbriefe in letzter Zeit, sowie die immer wiederkehrende Kritik an den Zuständen der Wohnsituation in Heidenheim. Deshalb wendet sich die DKP an die Kommunalpolitiker der Stadt mit der Aufforderung zum Handeln.

Im Folgenden will die DKP ein Wohnungsbau-Programm vorschlagen, das jenseits von privaten Investoren, der Stadt die Daseinsvorsorge fürs Wohnen ermöglicht.

- Die Stadt gründet ein städtisches, gemeinnütziges Wohnungsunternehmen. Dadurch gewinnt die Stadt die Verfügungsgewalt über den geschaffenen Wohnraum. Denn bezahlbare und menschenwürdige Wohnungen -als ein Menschenrecht- lassen sich nur als eine kommunale Kernaufgabe realisieren.
- Die Stadt verzichtet auf den weiteren Verkauf von städtischem Grund und Boden an Investoren, die vorgeben, sozialen Wohnungsbau zu betreiben.
- Wenn überhaupt private Investoren mit Wohnungsbau betraut werden, dürfen Grund und Boden lediglich in „Erbpacht“ vergeben werden. Mit dem kommunalen Wohnungsbau werden langlebige Wirtschaftsgüter geschaffen.
- Dadurch bleiben die Baukosten niedrig und die Stadt bleibt im Besitz von städtischem Gelände.
- Der Ausverkauf an die Konzerne und Spekulanten wird gestoppt. Grund und Boden bleibt öffentliches Eigentum der Bürgerinnen und Bürger.
- Die Mieter sind nicht länger der Willkür von Wohnungskonzernen ausgeliefert.
- Zur Anfangsfinanzierung werden die eigens dafür geschaffenen Rücklagen von 5 Millionen Euro aus dem Verkauf der GBH an die Gagfah verwendet.

**24.09.2017  
DKP wählen**



Reinhard Püschel



Wilhelm Benz



Friedhelm Bühner

**Unsere  
Kandidaten**

# Gesundheit als Ware?

## Das ist doch krank!

Überschuldete Krankenhäuser, fehlende Hausärzte, zuwenig Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen sowie Betreuerinnen in den Kindergärten sind ein Normalzustand in unserem Deutschland. Und das schon seit vielen Jahren. Auch in Heidenheim.

Viele Betroffene gehen auf die Straße und machen mit ihren Streiks auf diese Situationen aufmerksam. Unsere Regierungen und Politiker schert das keineswegs. Im Gegenteil, mit der Schuldenbremse und dem neuen Abrechnungssystem „Fallpauschale“ (DRG) erhalten die Krankenhäuser weniger Behandlungskosten so dass alles noch verschlechtert wird. In Deutschland wird mit der Gesundheit von Menschen Geld gemacht. Krankenhäuser werden privatisiert, Gesundheit ist zu einer Ware geworden. Das hat u. a. dazu geführt, dass ständig Personal eingespart und die Arbeit immer weiter verdichtet wurde. Die Pflegekräfte müssen immer mehr Patienten versorgen, Reinigungskräfte ständig mehr Quadratmeter putzen. Die Hygiene im Krankenhaus leidet darunter und immer mehr Patienten erkranken an Infektionen, die sie im Krankenhaus erworben haben. Die privaten Krankenhausbetreiber wie z.B. Asklepios, Helios oder Fresenius aber haben in den letzten Jahren Millionengewinne eingefahren. Der Kampf für eine bessere Gesundheitsversorgung und mehr Personal ist ein wichtiger Streit um unsere Lebensbedingungen zu verbessern. Er ist ein Kampf gegen die Arbeitshetze und die Arbeitsverdichtung die natürlich nicht nur die Gesundheitsberufe betrifft. Letzten Endes ist er ein Kampf darum, als Mensch behandelt zu werden.

**GESUNDHEIT IST KEINE WARE.**

## Schnaitheimer machten Druck!

Viele Brücken in Deutschland sind in einem maroden Zustand.

Auch dem Fußgängersteg beim Schnaitheimer Bahnhof geht es nicht anders.

Warum? Darauf müssten die Stadt und Bahn Antworten geben.

Gegen den Abrissgedanken haben mehrere hundert Schnaitheimer mit einer Unterschriftenaktion Druck gemacht.

Ergebnis bei der Bürgerversammlung: Eine möglichst lange Sicherung des alten Stegs und rascher Ersatz. Pro Tag steigen ca. 300 Bahnfahrer ein und aus. Betroffen vom fehlenden Steg wären nicht nur Bahnkunden sondern auch die Bewohner in diesem Viertel. Diesen würde mit dem Abriss die kürzeste Strecke genommen, zu Fuß zur Schule, zum Sportplatz und zum Einkaufen.

# DANKE !

**Wir bedanken uns bei über 300 Heidenheimer Frauen und Männern, die unsere Kandidatur zur Bundestagswahl 2017 mit ihrer Unterschrift möglich gemacht haben.**



## Eintrittsgelder im Waldbad ab Mai 2017 erhöht.

Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat die Eintrittsgelder um 5% erhöht.

Als Grund werden die Sanierungsarbeiten angegeben. Zudem seien die Eintrittsgelder seit dem Jahr 2010 unverändert geblieben. Für DKP-Stadtrat Reinhard Püschel stellte das aber keinen Grund dar.

Das Waldbad dient letztendlich zur Erholung der Menschen und unsere Aufgabe als Stadt sollte es sein, den Menschen günstige Erholung zu gewährleisten. Zudem sei es jetzt möglich, dass weniger Menschen das Waldbad besuchen, weil sie das notwendige Geld nicht aufbringen können. Ähnlich argumentierte auch Stadtrat Oberlader (SPD). Bei zwei Gegenstimmen (Püschel/Oberlader) wurde der Erhöhung zugestimmt.

# Alle Vögel sind bald schon nicht mehr da! Immer mehr Vögel verschwinden

Mehrere Vogelarten sind auch im Kreis Heidenheim vom Aussterben bedroht. Darunter die Feldlerche, die Grauammer und der Kiebitz.



Waren sie früher Allerweltsarten, fehlen ihnen heute Brutplätze und Nahrung. Es ist ein deutlicher Trend, der europaweit zu beobachten ist. Seit den 1980er-Jahren hat die Zahl der brütenden Vogelpaare auf Ackerlandflächen in der EU um fast 60 Prozent abgenommen.

So ist z.B. der Bestand der Feldlerche um 35 Prozent zurückgegangen. Beim Rebhuhn sogar um 84 Prozent.

Auch in unserem Landkreis ist diese Entwicklung zu beobachten. Auf den Ackerflächen gibt es kaum noch Feldlerchen, Grauammer, Schafstelzen... .

Der Landschaftsverbrauch, also der Flächenfrass, greift immer mehr um sich und zerstört die Natur. Bayern und Baden-Württemberg stehen deutschlandweit an der Spitze. Mit je 17 Hektar täglich. Das entspricht ca. 22,4 Fußballfelder. Dabei haben die Gemeinden den Verfassungsauftrag, sich um die Natur und die Landschaft zu kümmern. Das tun sie kaum.

Jetzt will die CSU Staatsregierung unter M. Söder das „Anbindegebot“ kippen. Dieses verbietet bisher neue Bebauungen auf der grünen Wiese.

Auch in Heidenheim finden immer wieder Waldrodungen statt. Im Bereich Heeracker, einem südlich der Voith-Arena gelegenen Waldgebiet, soll ein neuer Trainingsplatz entstehen. Dafür musste etwa ein Hektar Wald weichen.

Die Population der im dortigen Waldstück beheimateten Vogelarten erfahren laut Stadtverwaltung keine „erhebliche Beeinträchtigung“.

In Deutschland wird die Landschaft weiterhin ungebremst zugebaut - für Wirtschaft, Gewerbe und Verkehr.

Der Flächenfraß ist ein großes ökologisches Problem. Dem muss Einhalt geboten werden, sagt die DKP.



## Spende!

**Wir benötigen Deine/Ihre Unterstützung.  
Unsere Arbeit, vor allem unsere  
gedruckten Veröffentlichungen kosten  
Geld!**

**Auch kleine Beträge sind herzlich  
willkommen!**

DKP Heidenheim

**IBAN: DE03 6325 0030 0000 4139 03**

**BIC: SOLADES1HDH**

Kreissparkasse Heidenheim

# AKW Gundremmingen

## Ein inzwischen völlig unnötiges lebensgefährliches Übel

Lange Zeit hielt die Menschheit die Atomkraft für unverzichtbar. Atomkonzerne entwickelten Szenarien zur Fertigstellung der Betreibung ihrer AKW's die darin gipfelten, dass ohne Atomstrom bald nichts mehr funktionieren würde.

Sicher hatten sie mit ihrer Behauptung recht, dass die Zahl der Erdbevölkerung wachsen wird und somit immer mehr Strom gebraucht wird. Allerdings litt unter dieser Feststellung und der Gier nach dem schnellen Geld die durchaus mögliche Forschung nach alternativen Energien.

Und da standen sie nun, die AKW's in Obrigheim, Gundremmingen usw.

Trotz allem Widerstand in Teilen der Bevölkerung.

Fragen nach der Gefahr die von Atomkraftwerken ausgehen kann, der Entsorgung, wurden als Spinnereien von Öko's abgetan. Wer erinnert sich nicht gerne an die Aufkleber „Atomkraft – NEIN DANKE“.



Auch das AKW Gundremmingen wurde 1984, weil ja der Rubel so schön rollte, erweitert um Block B und Block C. Am 14. Juni 2000 (vor 17 Jahren!!!) unterzeichneten die rotgrüne Bundesregierung und die Atomkonzerne RWE und Eon eine Vereinbarung, das AKW Gundremmingen nach 32 Betriebsjahren abzuschalten. Das AKW wird jedoch weiter betrieben weil Strommengen von anderen AKW's nach Gundremmingen übertragen werden. Ein perverser Vorgang.

Denn für die Stromversorgung ist das AKW Gundremmingen inzwischen überflüssig, da Deutschland über viele Bioenergie-, Wasserkraft- sowie immer mehr PV- und Windkraftanlagen verfügt.

Inzwischen wurde festgestellt, dass das AKW Gundremmingen gegen gesetzliche Anforderungen verstößt. Die notwendigen Voraussetzungen zur Störfallbeherrschung sind nicht gegeben. Notsysteme sind nicht erdbebensicher.

Wenn bei einer Hauptuntersuchung an einem Kraftfahrzeug ein Mangel festgestellt wird muss das Fahrzeug solange stillgelegt sein, bis der Mangel behoben ist, für Atomkraftwerke gilt dies anscheinend nicht.

In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1978 steht, dass die Nutzung der Kernenergie nur derzeit noch verfassungskonform sei, weil alle „Gefahren“ nur hypothetisch seien. Trotz Harrisburg I (1979), Tschernobyl (1986), New York (2001) und Fukushima (2011).

Ein erneuter Versuch, das Bundesverfassungsgericht von seiner Meinung abzubringen, wird gerade eingeleitet.

Denn die gemachten Erfahrungen lassen erkennen, dass die Nutzung der Atomkraft bei einem



niemals auszuschließenden Unfall oder Terroranschlag viele Menschenleben und auch die Existenz unseres Landes gefährdet.

„Wer B sagt, muss auch C sagen“, damit die beiden noch laufenden Blöcke B und C in Gundremmingen noch 2017 abgeschaltet werden. Die DKP Heidenheim wird sich dafür einsetzen.

**Was Du heut' nicht kannst entsorgen, produziere auch nicht morgen.**

## 1 Milliarde Euro zurück an AKW Gundremmingen

Die Brennelementesteuer war rechtswidrig! Jetzt soll das Geld zurückfließen.

Warum werden die Gelder nicht mit den Kosten der Atommüll-Entsorgung verrechnet, die unsere Regierung grosszügig für die AKW-Betreiber übernimmt?

***Immer zahlen die Bürger die Rechnung der Konzerne***

***So kann es nicht weitergehen.***

## Heute dagegen – morgen dafür...

Am 2. Juni hat der Bundesrat die Grundgesetzänderung zur Autobahnprivatisierung einstimmig verabschiedet. Auch die Bundesländer mit Beteiligung der Grünen oder der Linkspartei stimmten zu. Dieses Beispiel zeigt: Auf die Parteien ist kein Verlass! *Obwohl nach Umfragen 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger gegen die Privatisierung der Autobahnen sind.*

Schon einen Tag zuvor hat der Bundestag mit den Stimmen der CDU/CSU und der SPD den Weg für die Privatisierung geöffnet und der Grundgesetzänderung zugestimmt. Beide Parteien haben eine „besondere Eilbedürftigkeit“ gesehen und die Änderung innerhalb 48 Stunden durchgedrückt. Im Normalfall bräuchte man zwischen der Abstimmung im Bundestag und der im Bundesrat mindestens drei Wochen.

Jetzt wurde nicht nur die schnellste Grundgesetzänderung durchgepeitscht sondern auch die so genannte Öffentlich-Private-Partnerschaft (OPP) möglich gemacht. Obwohl noch vor Wochen das Gegenteil versprochen, haben SPD und Grüne die Privatisierung der Autobahnen mit durchgesetzt.

Ein unglaublicher Skandal, meint die DKP